

MVZ St. Nikolaus - Stiftshospital GmbH Andernach

Informationspflichten gegenüber Patienten auf der Grundlage § 14 KDG / Art. 13 DSGVO

Stand: 08.08.2018

Sehr geehrte Patientin, sehr geehrter Patient,

im Rahmen Ihrer Behandlung ist es erforderlich, personenbezogene und medizinische Daten über Ihre Person zu verarbeiten. Da die Vorgänge sowohl innerhalb unseres MVZ als auch im Zusammenspiel mit weiteren an Ihrer Behandlung beteiligten Personen / Institutionen des Gesundheitswesens nicht leicht zu überblicken sind, haben wir für Sie die nachfolgenden Informationen zusammengestellt:

Name und Anschrift des Verantwortlichen:

Der Verantwortliche im Sinne des kirchlichen Datenschutzgesetzes (KDG) / EU Datenschutzverordnung (DS-GVO) ist:

MVZ St. Nikolaus-Stiftshospital GmbH

Ernestus-Platz 1
56626 Andernach
Geschäftsführerin: Cornelia Kaltenborn

Telefon: 02632 - 404-0

Fax: 02632 - 404-5272

E-Mail: info@mvz-andernach.de

Der Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist:

MVZ St. Nikolaus-Stiftshospital GmbH

S&L ITcompliance GmbH
Klaus Keukert
Florinstraße 18
56218 Mülheim-Kärlich
E-Mail: datenschutz@stiftshospital-andernach.de

Zwecke, für die Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Im Rahmen Ihrer Behandlung werden Daten über Ihre Person, Ihren sozialen Status sowie die für die Behandlung notwendigen medizinischen Daten erhoben, erfasst, gespeichert, verarbeitet, abgefragt, genutzt, übermittelt usw. Insgesamt spricht man von der „Verarbeitung“ Ihrer Daten. Die Verarbeitung von Patientendaten im MVZ ist aus Datenschutzgründen nur möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage dies vorschreibt bzw. erlaubt oder Sie als Patient hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben.

Die Datenverarbeitung ist insbesondere aus präventiven, diagnostischen, therapeutischen, kurativen und auch nachsorgenden Gründen für Ihre individuelle Versorgung/ Behandlung notwendig. Ebenso erfolgen Verarbeitungen – im Sinne einer bestmöglichen Versorgung – im Hinblick auf interdisziplinäre Konferenzen zur Analyse und Erörterung von Diagnostik und Therapie, zur Vor-, Mit-, Weiterversorgung bzgl. Diagnostik, Therapie, Befunden sowie Krankheits-/ Vitalstatus. Daneben erfolgen Verarbeitungen aus Qualitätssicherungsgründen und es werden Arztbriefe/ Berichte geschrieben. Neben diesen patientenbezogenen Verarbeitungen

bedarf es auch einer verwaltungsmäßigen Abwicklung Ihrer Behandlung. Dies bedingt im Wesentlichen die Verarbeitung Ihrer Daten zur Abrechnung Ihrer Behandlung, aus Gründen des Controllings/ der Rechnungsprüfung, zur Geltendmachung, Ausübung sowie Verteidigung von Rechtsansprüchen, usw. Ferner erfolgen Datenverarbeitungen zu Zwecken der Ausbildung, der Fort- und Weiterbildung von Ärzten und von Angehörigen anderer Berufe des Gesundheitswesens oder zu gesetzlich vorgesehenen Meldepflichten (z.B. an die Polizei aufgrund des Melderechts, an staatliche Gesundheitsämter aufgrund des Infektionsschutzgesetzes, an Krebsregister) sowie nicht zuletzt aus Gründen der Betreuung und Wartung von IT-Systemen und Anwendungen, usw..

Von wem erhalten wir Ihre Daten?

Die entsprechenden Daten erheben wir grundsätzlich – sofern möglich – bei Ihnen selbst. Teilweise kann es jedoch auch vorkommen, dass wir von anderen niedergelassenen Ärzten, die etwa Ihre Erst- / Vor-Behandlung durchgeführt haben, oder von Krankenhäusern Sie betreffende personenbezogene Daten erhalten. Diese werden in unserem MVZ im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit den bereits vorhandenen personenbezogenen Daten zusammengeführt.

Wer hat Zugriff auf Ihre Daten?

Die an Ihrer Behandlung beteiligten Personen haben ebenso Zugriff auf Ihre Daten wie die Mitarbeiter der Verwaltung, die die Abrechnung Ihrer Behandlung vornimmt.

Ihre Daten werden von Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Dieses Fachpersonal unterliegt entweder dem sog. Berufsgeheimnis oder einer Geheimhaltungspflicht. Der vertrauliche Umgang mit Ihren Daten wird jederzeit gewährleistet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten durch den Träger des MVZ:

Die Grundlage dafür, dass der Träger des MVZ Ihre Daten datenschutzrechtlich verarbeiten darf, ergibt sich hauptsächlich daraus, dass der MVZ-Träger für die Versorgung und Behandlung von Patienten zuständig ist. Auf dieser Grundlage gibt es unterschiedliche Gesetze und Verordnungen, die dem MVZ eine Verarbeitung der Daten erlauben.

Genannt sei hier insbesondere das Gesetz über den kirchlichen Datenschutz (KDG) und die EU Datenschutzgrundverordnung, z.B. §§ 6, 11 KDG / Art. 6, 9 DS-GVO die ausdrücklich regeln, dass Daten von Patienten verarbeitet werden dürfen. Daneben finden sich Grundlagen im deutschen Recht, etwa in dem Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V), z.B. § 295 SGB V, in dem BDSG (Neu) insbesondere § 22 BDSG (Neu), und im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), sowie in den §§ 630 ff. BGB, die eine Verarbeitung Ihrer Daten voraussetzen.

Als Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung seien hier beispielhaft genannt:

- Datenübermittlung an „Externe“ im Sinne einer gemeinsamen Behandlung (im Team), Zuziehung externer Konsiliarärzte, z.B. Labor, Telemedizin, sowie Zuziehung externer Therapeuten (§ 11 Abs. 2 h), Abs. 3 KDG / § 9 Abs. 2 lit. h), Abs. 3 DS-GVO i.V.m. entsprechenden landesrechtlichen Regelungen sofern vorhanden),
- Datenübermittlung an die gesetzlichen Krankenkassen zum Zwecke der Abrechnung (§ 11 Abs. 2 h), Abs. 3 KDG / § 9 Abs. 2 lit. h), Abs. 3 DS-GVO i.V.m. § 295 Abs. 1 Satz 2 SGB V),
- Datenübermittlung zu Zwecken der Qualitätssicherung (§ 11 Abs. 2 i) KDG / Art. 9 Abs. 2 lit. i) DS-GVO i.V.m. 299 SGB V i.V.m. § 136 SGB V bzw. den Richtlinien des G-BA), usw..

Daneben sind Verarbeitungen auch in Fällen zulässig, in denen Sie uns Ihre Einwilligung erklärt haben.

Notwendigkeit der Angabe Ihrer Personalien:

Die ordnungsgemäße administrative Abwicklung Ihrer Behandlung bedingt die Aufnahme Ihrer Personalien.

Mögliche Empfänger Ihrer Daten:

Ihre Daten werden im Rahmen der Zweckbestimmung unter Beachtung der jeweiligen datenschutzrechtlichen Regelungen bzw. etwaiger vorliegender Einwilligungserklärungen erhoben und ggf. an Dritte übermittelt. Als derartige Dritte kommen insbesondere in Betracht:

- gesetzliche Krankenkassen sofern Sie gesetzlich versichert sind,
- private Krankenversicherungen sofern Sie privat versichert,
- Unfallversicherungsträger,
- Hausärzte, weiter-, nach- bzw. mitbehandelnde Ärzte,
- andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung oder Behandlung,
- Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen,
- externe Datenverarbeiter (sog. Auftragsverarbeiter¹) sowie

Welche Daten werden im Einzelnen übermittelt?

Sofern Daten übermittelt werden, hängt es im Einzelfall vom jeweiligen Empfänger ab, welche Daten dies sind. Bei einer Übermittlung entsprechend § 295 Abs. 1 Satz 2 SGB V an die Kassenärztliche Vereinigung handelt es sich zum Beispiel um folgende Daten:

- Name des Versicherten,
- Geburtsdatum,
- Anschrift,
- Krankenkasse,
- Krankenversicherungsnummer,
- Versichertenstatus,
- ärztliche Leistungen sowie die Behandlungsdiagnose(n)

Behandlung aufgrund ästhetischer Operationen, Tätowierungen oder Piercings:

Für den Fall, dass eine Krankheit vorliegt, für die der Verdacht besteht, dass sie Folge einer medizinisch nicht indizierten ästhetischen Operation, einer Tätowierung oder eines Piercings ist, muss auch diesbezüglich eine Meldung an die Krankenkasse erfolgen.

Widerruf erteilter Einwilligungen:

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung beruht, die Sie dem MVZ gegenüber erklärt haben, dann steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Diese Erklärung können Sie – schriftlich / per Mail / Fax – an das MVZ richten. Einer Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Ihr Widerruf gilt allerdings erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie diesen aussprechen. Der Widerruf ist nicht rückwirkend gültig. Die Verarbeitung Ihrer Daten bis zu diesem Zeitpunkt bleibt rechtmäßig.

Wahrnehmung berechtigter Interessen des MVZ:

Sofern das MVZ zur Durchsetzung seiner Ansprüche gezwungen ist gegen Sie selbst oder Ihre Krankenkasse anwaltliche oder gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, muss das MVZ (zu Zwecken der Rechtsverfolgung) die dafür notwendigen Daten zu Ihrer Person und Ihrer Behandlung offenbaren.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Das MVZ ist gem. § 630f Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) dazu verpflichtet, eine Dokumentation über Ihre Behandlung zu führen. Dieser Verpflichtung kann das MVZ in Form einer in Papierform oder elektronisch geführten Patientenakte nachkommen. Diese Patientendokumentation wird auch nach Abschluss Ihrer Behandlung für lange Zeit vom MVZ verwahrt. Auch dazu ist das MVZ gesetzlich verpflichtet.

Mit der Frage, wie lange die Dokumente im Einzelnen im MVZ aufzubewahren sind, beschäftigen sich viele spezielle gesetzliche Regelungen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Röntgenverordnung (RöV), die Strahlenschutzverordnung (StrlSchV), die Apothekenbetriebsordnung (ApBetrO) und das Transfusionsgesetz (TFG). Diese gesetzlichen Regelungen schreiben unterschiedliche Aufbewahrungsfristen vor.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten werden patientenbezogene Daten in unserem MVZ in der Regel 10 Jahre lang aufbewahrt.

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung usw.

Ihnen stehen sog. Betroffenenrechte zu, d.h. Rechte, die Sie als im Einzelfall betroffene Person ausüben können. Diese Rechte können Sie gegenüber dem MVZ geltend machen. Sie ergeben sich aus dem Gesetz über den kirchlichen Datenschutz (KDG) / EU Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO):

- Recht auf Auskunft, § 17 KDG / Art. 15 DS-GVO

Sie haben das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten.

- Recht auf Berichtigung, § 18 KDG / Art. 16 DS-GVO

Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

- Recht auf Löschung, § 19 KDG / Art. 17 DS-GVO

Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, § 20 KDG / Art. 18 DS-GVO

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht, aber gekennzeichnet werden, um ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.

- Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung, § 23 KDG / Art. 21 DS-GVO

Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen:

Unabhängig davon, dass es Ihnen auch freisteht, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist. Dies ergibt sich aus § 48 KDG / Art. 77 DS-GVO. Die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde kann formlos erfolgen.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

(Erz-)Bistum Freiburg, Fulda, Limburg, Mainz, Rottenburg-Stuttgart, Speyer und Trier

Die Diözesandatenschutzbeauftragte für die (Erz-)Diözesen Freiburg, Fulda, Limburg, Mainz, Rottenburg-Stuttgart, Speyer und Trier ist

Ursula Becker-Rathmair

Katholisches Datenschutzzentrum Frankfurt/M.

Haus am Dom Domplatz 3

60311 Frankfurt

Tel.: 069 / 80087188 00

Fax: 069 / 80087188 15

E-Mail: info@kdsz-ffm.de

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihr MVZ-Team